|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Name, Anschrift des/der Antragstellenden      |  | Telefon: |       |
| Fax:  |       |
| E-Mail: |       |
| Website: |       |
| Bankverbindung: |       |
| Kto. Inhaber:in: |       |
| Bank: |       |
| IBAN: |       |
|  |  |

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
Referat Integrationspolitik, Migrations- und Integrationsbeauftragte

Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung 2025

|  |
| --- |
| 1. Titel des Projektes |
|       |
| [ ]  Neues Projekt (Das Projekt findet in dieser Form erstmalig statt.)[ ]  Folgeprojekt (Das Projekt fand bereits im Vorjahr statt und wird fortgesetzt.) |

|  |  |
| --- | --- |
| 2. Projektdauer  | 1a. Projektort/ Stadtteil (genaue Anschrift) |
| Voraussichtlicher Beginn:      | Voraussichtliches Ende:       |       |

|  |
| --- |
| 3. Ansprechpartner/-in und Verantwortliche/r für das Antragsverfahren |
| Name, Vorname |       | Telefon:       |
| Anschrift/Email |       |

|  |
| --- |
| 4. Projektbeschreibung (max. 500 Zeichen. Bei Projektfördersummen ab 50.000 EUR muss ein separates und detailliertes Projektkonzept als Anlage beigefügt werden Umfang, max. drei DIN A4 Seiten). |
|       |

|  |
| --- |
| Ziele des Projektes: Was wollen wir erreichen? (max. 1.000 Zeichen) |
|       |

|  |
| --- |
| Inhaltliche Schwerpunkte des Projektes |
|  [ ]  Beratungsangebot [ ]  Angebot zur Selbsthilfe [ ]  Gruppenangebot [ ]  Veranstaltung-(sreihe) [ ]  Ehrenamt [ ]  Andere  |

 (bitte auflisten):

|  |
| --- |
| Maßnahmen: Was machen wir konkret? (max. 1.000 Zeichen) |
|       |

|  |
| --- |
| Für wen machen wir das Projekt und wie erreichen wir die Zielgruppe? (max. 1.000 Zeichen) |
|       |

5. Zielgruppe(n) für das Projekt

Zielgruppe(n): [ ]  Kinder (bis 13 Jahre) [ ]  Jugendliche (14-18 Jahre)

 [ ]  Erwachsene Frauen [ ]  Erwachsene Männer

 [ ]  Erwachsene Divers [ ]  Ältere (ab 65 Jahre)

 [ ]  Menschen mit Behinderung

Herkunft / Nationalität(en) : [ ]  offen für alle Nationalitäten

|  |  |
| --- | --- |
|  |  [ ]  offen für Teilnehmende folgender Nationalität(en)/Herkunft:        |

|  |
| --- |
| 6. Indikatoren für das Vorhaben definieren und voraussichtliche Zahlen nennen (mindestens 3 Indikatoren). Diese dienen zur Erfolgskontrolle der Maßnahmenumsetzung. (z.B. 5 Beratungen, 3 Fortbildungen für Freiwillige, 20Teilnehmende – davon 10 Frauen etc.)  |
|

|  |  |
| --- | --- |
| **1.** |       |
| **2.** |       |
| **3.** |       |
| **4.** |       |
| **5.** |       |
| **6.** |       |

   |

|  |
| --- |
| 7. Aufgaben der Projektleitung |
|       |

|  |
| --- |
| 8. Aufgaben der Mitarbeiter:innen/ Honorarkräfte/ Ehrenamtlichen |
|       |

9. Finanzierungsplan

Der beiliegende Finanzierungsplan mit gleichlautender Projektbezeichnung ist ausdrücklich Bestandteil dieses Antrags.

**ACHTUNG – WICHTIGER HINWEIS!**

|  |
| --- |
| Laut Landeshaushaltsordnung dürfen Zuwendungen zur Projektförderung grundsätzlich nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen haben. Falls bei Projekten ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn notwendig ist, kann dies im Einzelfall unter Beifügung einer kurzen Begründung beantragt werden. In diesem Fall kann ein Vorbescheid ergehen, der - ohne Rechtsanspruch auf eine spätere Zuwendung - den vorzeitigen Maßnahmebeginn zulässt. |

Mir/uns ist bekannt, dass ein Beginn der Maßnahmen - dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zugrunde- liegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kaufvertrag, Honorarvertrag) - ohne vorherige Bewilligung bzw. schriftliche Zustimmung der Bewilligungsbehörde einen Förderausschluss zur Folge hat.

|  |
| --- |
| [ ]  Hiermit erkläre/n ich/wir, dass mit der geplanten Maßnahme noch nicht begonnen wurde. [ ]  Ich/wir beantrage/n den vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die geplante Maßnahme, weil …  **(Eine Begründung ist unbedingt erforderlich!):**       |

**10. Datenschutz / Kontrollen**

„Mir/Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist – vgl. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e und Absatz 3 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgrundverordnung – DSGVO – in Verbindung mit § 3 Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutzgrundverordnung – BremDSGVOAG.

Mir/Uns sind ferner die Inhalte des in diesem Zusammenhang übermittelten Informationsschreibens nach Art. 13 und Art.21 DSGVO bekannt.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können und das Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzportal veröffentlicht werden müssen. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerschaftsdrucksachen werden ebenso im Internet veröffentlicht.“

Ich bin / wir sind damit einverstanden, dass

* die Angaben im und zum Antrag zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.
* die Einhaltung der Verpflichtungen sowie die Angaben des Antrages auch an Ort und Stelle überprüft werden können.
* meine/unsere Daten (Bezeichnung des Projekts, Ansprechpartner/-in für Interessierte / Anmeldung von Teilnehmer/-innen, Zeitpunkt, Ort etc.). in einer Übersicht der geförderten Projekte auf der Internetseite der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz veröffentlicht werden können.

**11. Erklärung Landesmindestlohngesetz**

Nach dem am 01.09.2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetz gewähren die Freie Hansestadt Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie Einrichtungen im Sinne von § 4 Landesmindestlohngesetz Zuwendungen gem. § 23 LHO nur, wenn sich die Empfänger/innen verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn zu zahlen. Es wird bestätigt, dass bei uns/bei mir entgeltlich beschäftigten Arbeitnehmern der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wird.

Soweit zutreffend: In meinem/unseren Unternehmen kommt ein **Tarifvertrag** zur Anwendung, und zwar:

**12. Wird das Besserstellungsverbot eingehalten?**

[ ]  ja

[ ]  nein, weil

Der/ die Zuwendungsempfänger:in darf seine Beschäftigten nicht besserstellen als vergleichbare bremische Bedienstete. Vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Beschäftigte der bremischen Verwaltung jeweils vorgesehen sind.

**13. Vorsteuerabzug gem. § 15 UStG**

Der/die Antragstellende ist zum Vorsteuerabzug berechtigt? [ ]  Ja Umsatzsteuer ID

 [ ]  Nein

**14. Ist die Gesamtfinanzierung gesichert?**

[ ]  ja

[ ]  nein

 Ort Datum Unterschrift / Funktion des/der Antragstellenden